

Christoph Grüll

Lokal und global zuhause:

Religiöse Organisationen als Bindeglieder europäischer Zivilgesellschaften?

Das Ausmaß, in dem die humanitäre Dimension von Flucht und Migration zu einer politischen Krise innerhalb der EU sowie zu wachsender Polarisierung innerhalb sowie zwischen europäischen Staaten geführt hat, verdeutlicht die Notwendigkeit, den Blick von Neuem auf die gesellschaftlichen Bindekräfte in Europa zu richten. Vor dem Hintergrund der „Flüchtlingskrise“ ist die aktuelle politische Situation in Europa in besonderem Maße vor die Herausforderung gestellt, zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken, die Bürgerengagement mit der Frage offener und pluralistischer Gesellschaften verbinden. Aktuelle Spannungen und Risse innerhalb des europäischen Hauses (ein nach wie vor andauerndes politisches Experiment) führen dabei klar vor Augen, dass die gesellschaftlichen Ressourcen von Solidarität und Partnerschaft nicht nur die Antwortmöglichkeiten auf humanitäre Herausforderungen beeinflussen, sondern auch für die basalen Existenzbedingungen europäisch orientierter Zivilgesellschaften von Belang sind. Die EU lebt von der Idee und der Möglichkeit, gleichzeitig innerhalb und jenseits des Staates zu denken und zu leben. Was sind die Binde- und Triebkräfte innerhalb europäischer Nationalstaaten, die sowohl staatliche Strukturen stützen und ebenso Wirkung entfalten für ein Engagement, dessen Motive jenseits nationalstaatlicher Grenzen liegen? Wie können partikulare Identitäten, Wertvorstellungen und Ideen vom guten Leben mit einem Streben hin zu grenzüberschreitenden und abstrakteren Normen und Werten verbunden werden?

Diese Fragen erhalten besondere Schärfe im Kontext von Flucht und Migration, wenn Wohlfahrtsstaatlichkeit und Verteilungsgerechtigkeit daraufhin befragt werden, ob und in welchem Maße Geflüchtete Zugang dazu erhalten – und auch die Frage der Religion entfaltet hier eine ihr eigene Relevanz: Als zivilgesellschaftliche Ressource für Fragen von Werturteilen, Überzeugungen und Gerechtigkeitsvorstellungen. Betrachtet man religiös inspirierte Organisationen in der Geflüchtetenhilfe, wird klar, dass sie wichtige Brückenpfeiler eines zivilgesellschaftlichen Netzwerkes sind, das einen Beitrag zu transnationalen Fragen von Gerechtigkeit und Solidarität leistet. Die Rahmenbedingungen dafür sind auf EU-Ebene bereits angelegt.

Rechtlich treten religiöse Akteure im politischen Europa vor allem als rechtlich konsolidierte Institutionen mit einem bestimmten Status in Erscheinung. Während europäische Nationalstaaten verschiedenste Politiken gegenüber und Rechtsformen für religiöse Institutionen entwickelt haben (etwa ein strikter Laizismus in Frankreich, ein kooperatives Modell in

Deutschland oder eine institutionalisierte Kirche im Vereinigten Königreich), hat sich die EU in ihrer Vertragsreform von Lissabon in Artikel 17 AEUV für ein dialogisches Verhältnis zu religiösen Gemeinschaften entschieden, das eben jenen Status respektiert, der nach dem jeweiligen nationalen Recht festgelegt ist. „Die Union pflegt mit diesen Kirchen und Gemeinschaften in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ (Art. 17, Abs. 3). Dieser Artikel resultiert zum einen aus einem erfolgreichen Lobbying kirchlicher Einrichtungen in Europa, zum anderen aber auch aus der Einsicht, dass religiöse Institutionen relevante gesellschaftliche Akteure für die kommenden Herausforderungen darstellen, welche die EU zu bewältigen hat.

Im Hinblick auf die eingangs skizzierten Fragen geht diese Relevanz allerdings über die institutionalisierte und rechtlich bestimmte Gestalt der Religion hinaus. Verfassungsrechtliche Fragen sind gerade deshalb so bedeutend, weil sie den Rahmen abstecken, innerhalb dessen das Rechtliche und das Moralische in neuen kognitiven und praktischen Formen zusammenfließen und zivilgesellschaftliches Engagement fördern. Die soziale Wirkmächtigkeit religiöser Akteure in zivilgesellschaftlichen Aushandlungsprozessen könnte eben gerade dort liegen, wo die Grenze zwischen dem Religiösen und dem Säkularen an Trennschärfe verliert, d.h. dort, wo Motivationen und Handlungen nicht mehr klar dem einen oder anderen Bereich zugeordnet werden können.

Es geht keineswegs darum, Religion einseitig den positiven Kräften zuzuschreiben, die für europäische Integration und eine breite Willkommenskultur arbeiten – gegenteilige Tendenzen sind ebenso zu finden. Allerdings tritt Religion in Europa als ein Thema auf, das Kontrastpotential mit sich bringt. Von einem Fokus auf Religion ausgehend, stellt sich der europäische Säkularisierungsprozess als eine besondere Herausforderung dar, in der gesellschaftliche Bindekräfte und Motivationspotentiale für bürgerliches Engagement in einem Verhältnis zum relativen Rückgang von Religiosität und zunehmender Privatisierung religiöser Organisation zu sehen sind. Konfrontiert mit dem großen humanitären Handlungsdruck in der aktuellen Krise präsentieren religiöse Organisationen Alternativen zu einer Logik, in der staatlich kalkulierte Maßstäbe den Ton angeben.

In der aktuellen Krise finden sich zahlreiche Beispiele für eine solche Perspektive, von denen ich hier nur einige wenige cursorisch nennen kann. Innerhalb der UK hat sich ein breites Bündnis unter dem Titel „City of Sanctuary“ entwickelt, in dem sich zahlreiche Städte zusammengeschlossen haben, um eine Willkommenskultur und Unterstützung für Geflüchtete in lokalen Initiativen zu fördern. Während die Arbeit von City of Sanctuary nicht explizit religiös motiviert ist, finden sich unter den teilnehmenden Akteuren zahlreiche Kirchengemeinden und einer der Gründer der Bewegung hat theologische Argumente für die Arbeit der Bewegung veröffentlicht.

Die Churches' Commission for Migrants in Europe (CCME) kooperiert mit weiteren NGOs und Gemeinden für verschiedene Projekte, die konkrete Korrekturen am europäischen Asylsystem bezwecken. Das Projekt „Safe Passages“ etwa zielt auf ein besseres Monitoring an den

EU Außengrenzen ab und verfolgt ein intensives Lobbying innerhalb der EU für eine humanere Flüchtlingspolitik. Insbesondere die Ausweitung eines prinzipiengeleiteten rechtlichen Rahmens, in dem etwa die Vergabe von humanitären Visa eine entscheidende Rolle spielt, ist ein zentrales Ziel, in dem aus christlichen Motiven konkrete politische Maßnahmen gefordert werden.

Die katholische Gemeinschaft Sant'Egidio hat kürzlich in Zusammenarbeit mit mehreren evangelischen Kirchen das Projekt „Humanitarian Corridors“ initiiert, das Geflüchteten direkten Zugang nach Europa ermöglicht, indem besonders notleidende Menschen in Krisenregionen (der Fokus liegt auf Syrien) identifiziert und dann auf sicherem Wege nach Italien gebracht werden. Mittlerweile hat auch Frankreich in die Zusammenarbeit mit Sant'Egidio eingewilligt. Die Arbeit basiert auf einem Memorandum of Understanding zwischen Sant'Egidio und den jeweiligen staatlichen Regierungen. Vor Ort dient die lokale Infrastruktur der beteiligten Gemeinden der Aufnahme und Integration von Geflüchteten.

Die „Charta von Groningen“, die bereits 1987 von Kirchengemeinden und Religionsgemeinschaften verschiedener Länder ausgearbeitet wurde und die 2010 unter dem Titel einer „Charta of the New Sanctuary Movement in Europe“ überarbeitet wurde, dient als ein Positionspapier, das klar Stellung zur europäischen Migrationspolitik bezieht. Argumente für den Schutz von Geflüchteten (Kirchenasyl) aus der Verantwortung vor Gott finden sich hierin ebenso wie solche aus der historischen Verantwortung Europas und seinen humanitären Werten und Traditionen hervorgegangen. Die in der Charta formulierte Kritik richtet sich gegen ein bestimmtes Bild europäischer Politik der Grenzabschottung und zeichnet ein positives Bild, das in Einklang mit zentralen christlichen Glaubenssätzen steht. Die Charta dient als Vorlage für die Arbeit lokaler Kirchengemeinden.

Was diese Projekte zeigen, ist, dass religiöse Akteure wichtige Lücken im europäischen Migrationssystem füllen. Durch die Handlungsmöglichkeiten innerhalb konkreter Gemeinden und ihre übergeordneten Organisationsstrukturen verbinden sie dabei zivilgesellschaftliches Engagement in einem lokalen Umfeld mit transnationalen Perspektiven. Durch den stark säkularen Hintergrund europäischer und nationalstaatlicher Politik entfalten religiöse Akteure dabei ein besonderes Kontrastpotential im politischen Diskurs und nehmen somit eine relevante Rolle innerhalb europäischer Zivilgesellschaften ein. Es ist nicht so sehr eine einheitliche Identität europäischer religiöser Werte und Normen, die eine europäische Religionspolitik schützen sollte, sondern vielmehr die Pluralität von Überzeugungen, Traditionen und lokalen Verflechtungen, die eine Verbindung lokalen Engagements mit europäischen und sogar globalen Belangen fördert. Die Art und Weise, wie sich diese Pluralität an Werten ideell und praktisch ausgestaltet, ist Gegenstand vertiefender Forschungsfragen.

Autor

Christoph Grüll promoviert an der Fakultät für Theologie und Religionswissenschaft an der Universität Groningen. Seine Forschung widmet sich dem Verhältnis von Religion, Säkularismus und Gerechtigkeit am Beispiel zivilgesellschaftlicher Organisationen in der aktuellen Flüchtlingsdebatte. Zuvor hat er seinen MA in Religionswissenschaft mit einem Fokus auf Religionsfreiheit in europäischer Außenpolitik abgeschlossen.

Kontakt: c.m.gruell@ruq.nl

Weitere Informationen: <http://www.ruq.nl/staff/c.m.gruell/research>

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de